



DIE KLÄRUNG EINES SACH- VERHALTS

JOSEF HEYNERT

HORST-GÜNTER MARX

JULIA BRENDLER

JOACHIM KAPPL

Ein Film von Sören Hüper
und Christian Prettin

Eine Produktion von
HONNOM™ und leitmotivfilm



Die Klärung eines Sachverhalts

ARBEITSHILFE
www.filmwerk.de



DIE KLÄRUNG EINES SACHVERHALTS

Deutschland 2008,

Kurzspielfilm, 20 Min.

Buch und Regie: Sören Hüper und Christian Prettin

Produktionsfirmen: Honnom Film und Leitmotiv Film GmbH

Produzenten: Jens Peter Köll, Volker Redeker und Dirk Roggan

Darsteller(innen): Jürgen (Josef Heynert), Hauptmann Kühnel (Horst-Günter Marx), Sybille (Julia Brendler), Dr. Wetzel (Joachim Kappl)

Auszeichnungen und Preise

Prädikat „besonders wertvoll“ und „Kurzfilm des Monats“ der FBW Wiesbaden, Biberacher Filmfestspiele 2008: Kurzfilmbiber, „Interfilm/Berlin 2008: Mini Movie Short award“, 20. Fano International Filmfestival: Special-Mention of the Jury

Kurzcharakteristik

Nachdem sein in Westdeutschland lebender Schwiegervater pflegebedürftig wird, stellt der linientreue DDR-Wirtschaftsingenieur Jürgen Schulz einen Ausreiseantrag. Hauptmann Kühnel von der Stasi verhöört ihn zur „Klärung eines Sachverhalts“ und will ihn bewegen, diesen Antrag zurück zu ziehen. Dies gelingt Kühnel jedoch trotz unberechtigten Anschuldigungen und massiven Drohungen nicht. Am Ende wird Schulz inhaftiert.

Vorbemerkung

Im Text verwendete Abkürzungen spiegeln den umgangssprachlich bekannten Sprachgebrauch wieder. Sie sind, vor allem im Ost-West-Vergleich, vollkommen wertungsfrei zu betrachten.

Themenbereiche

Deutsche Teilung, Menschenrechte und -würde, Stasi, Freiheit, Loyalität, Folter, Politische Gefangene, Amnesty International

Einsatzmöglichkeiten

Einsatzalter: ab 14 Jahren.

Schule: Die Klärung eines Sachverhalts ist in SEK I und SEK II in folgenden Fächern einsetzbar: Deutsch, Geschichte, Kath. und Ev. Religion, Ethik, Sozialkunde, Politik.

Geschichte: Das Gesellschafts- und Machtsystem unter der SED-Herrschaft, ehemaliges Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, Gesellschaftsgeschichte der DDR, Deutsch-deutsche Beziehungen, von der deutschen Frage zur deutschen Einheit, wirtschaftliche und soziale Situation der DDR vor dem Mauerfall, 40-jähriges Jubiläum der DDR.

Politik/Sozialkunde: Arbeitsweise des MfS

Religion/Ethik: Würde des Menschen/Mündigkeit, Wahrheit und Erkenntnis

Weitere Einsatzorte: *Die Klärung eines Sachverhalts* kann außerdem in der außerschulischen Jugendarbeit, in der Erwachsenenbildung, in der Politischen Bildung sowie bei der Beschäftigung mit den Themen Menschenrechte und –würde sehr gut eingesetzt werden.

Besondere Voraussetzungen bei der Behandlung dieser Thematik

Für den Lehrkörper birgt die Thematik der Ausreisebewegung und des „Stasi-Staats“ eine besondere Herausforderung. Wenn er selbst sich noch deutlich an die DDR und vielleicht auch nicht nur an den Fall, sondern sogar auch an den Bau der Mauer (1961) erinnern kann, so hat er heute, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution die erste Schüler(innen)generation vor sich, die die DDR überhaupt nicht mehr bewusst erlebt haben dürfte. Wir haben eine Generation vor uns, die den Begriff „Ostalgie“ mit einer Themenparty in Verbindung bringt, und DDR-Erinnerungen lediglich von den Eltern oder Großel-

tern kennt, wenn überhaupt. Hier ist natürlich auch ein Verdrängungsprozess der Elterngeneration zu befürchten, ähnlich jenem in Westdeutschland der frühen 50er Jahre. Es ist die erste Generation ostdeutscher Jugendlicher, die in einem vereinten Deutschland aufgewachsen ist, die erste Generation, die nicht einfach nur in eine Demokratie geworfen wurde, wie die Jugendlichen der 90er Jahre. Die ostdeutschen Jugendlichen hatten weder eine Eingewöhnungs- noch eine Übergangsphase und mussten sich sofort auf die Verhältnisse einstellen, die für die jetzige Generation selbstverständlich sind. Vielleicht ist auch dieser radikale Schnitt ursächlich dafür, dass trotz der zeitlichen Nähe zu unserer jüngsten Vergangenheit das Wissen der Jugendlichen über die DDR unzureichend ist, wie aktuelle Studien zeigen.

Doch die Kenntnis über das Machtsystem im SED-Staat ist wichtig, um die Gegenwart, beispielsweise die derzeitige Parteienlandschaft, besser verstehen zu können und daraus auch politische Bildung und Reife für kommende Generationen beziehen zu können. Deshalb ist es für Lehrer(innen) unabdingbar, sich bei der Behandlung dieses Themas die DDR-Sicht seiner Schüler(innen) bewusst zu machen und selbst einen Paradigmenwechsel vorzunehmen.

Wenn auch in den Lehrplänen nicht alle Themenbereiche erfasst werden, ist es doch erforderlich, dem Wesen der SED-Diktatur auf den Grund zu gehen. Dies sollte nicht nur durch eine Darstellung der SED und ihres Machtapparates geschehen, sondern auch durch einen Blick auf den Aufbau der DDR-Gesellschaft und die Art und Weise, wie diese vom Staat durchdrungen worden ist. Dem Begriff des „real existierenden Sozialismus“ in Theorie und Praxis kommt hier besondere Bedeutung zu, und so kann letztlich auch verstanden werden, wie die Ideologie sich auf jeden Bürger auswirkte und wie sie als Machtmittel funktionieren konnte.

In diesem Zusammenhang sollte auch ein Blick auf das „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) in seiner Rolle als „Staat im Staate“ geworfen werden. Die SED und ihre Machtposition werden letztlich deutlich, wenn erkannt wird, wie die Stasi ohne jegliches Kontrollorgan als Befehlsempfänger und -ausführender agieren konnte.

Vervollständigt wird die Thematik durch die Behandlung des Widerstand und der Ausreisebewegung, die letztlich zum Zusammenbruch des gesamten Ostblocks geführt haben. Gorbatschows wirtschaftlicher Zwang zur Öffnung der UdSSR und zu vertrauensbildenden Maßnahmen (Glasnost und Perestrojka) machte vor der DDR-Opposition nicht halt. In Gorbatschows Besuch zum 40. Jahrestag der DDR sah diese einen Strohalm, den sie ergriff, auch auf das Risiko eines Bürgerkriegs hin. In diesem Zusammenhang veranschaulicht das Gorbatschow-Zitat „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ diese Dramatik.

Ursachen und Motivation der bürgerlichen Opposition waren nicht nur im humanitären Bereich zu finden, es lagen ganz einfach wirtschaftliche Grundbedürfnisse vor, die von der DDR-Führung nicht befriedigt werden konnten. So sollte neben der Ausreisebewegung auch die Situation der „Hierbleiber“ betrachtet werden; DDR-Bürger, die mit Ihrem Protest keine Ausreise erzwingen wollten, sondern eine Verbesserung der innerstaatlichen (Lebens-)Bedingungen.

Letztlich bündelten sich die oppositionellen Kräfte. Die 70.000 Demonstranten am 09.10.1989 setzten sich aus Ausreise- und Bleibewilligen, Menschenrechtlern („Neues Forum“), der Friedensbewegung („Schwerter zu Pflugscharen“) und kirchlichen Organisationen („Montagsgebete“) zusammen, und beeindruckt von dieser Bündelung der Masse stießen auch völlig unorganisierte Bürger dazu, die den bereits aufgefahrenen Panzern gewaltlos Widerstand leisteten.

Diese genutzte Chance, auch unter der Gefahr für Leib und Leben, eine unblutige Revolution durchzuführen und so das Schicksal eines Landes und sogar eines kompletten Systems zu verändern, sollte den Schüler(innen) bei diesem Thema veranschaulicht werden.

Kapitelüberblick

01. Ausreiseantrag
02. Beförderung
03. Die Idee
04. Schwiegereltern
05. Dr. Brenska
06. Dr. Brenska im Westen
07. Der Brief
08. Beim Anwalt
09. Republikflucht?
10. Urlaub
11. Vergünstigungen
12. Fotomontage
13. Ein Kuckucksei?
14. Haft

Anmerkung:

Acht Kapitel (1, 3, 5, 7, 9, 11, 13 und 14) beinhalten die Befragung bzw. deren Folge, die Inhaftierung (14), die anderen sechs Kapitel (2, 4, 6, 8, 10, 12) sind Rückblenden.

Die Klärung eines Sachverhalts: Kapitel und Inhalt

Der Film erzählt in seiner Rahmenhandlung das 24-stündige Verhör eines ausreisewilligen DDR-Bürgers durch die Stasi und in Rückblenden die Hintergründe, die zu diesem Ausreisewunsch beigetragen haben. Nachdem der Bürger auch mit psychologischen Tricks und Kniffen nicht von seinem Vorhaben abzubringen ist, wird dieser verurteilt und inhaftiert.

(1) Ost-Deutschland, 1985: in einem schmucklosen Büro sitzen sich der Ingenieur Jürgen Schulz und Hauptmann Kühnel von der Staatssicherheit gegenüber. Kühnel betont zwar, dass es sich bei der Zusammenkunft nicht um ein Verhör, sondern um eine Befragung zur Klärung eines Sachverhalts handelt, doch das Gespräch wird auf einem Tonband, das im Hintergrund mitläuft, dokumentiert.

Kühnel will Schulz dazu bewegen, seinen Ausreiseantrag zurückzuziehen, doch Schulz geht zunächst gar nicht darauf ein. Dafür zeigt Kühnel Unverständnis, da doch alles bestens für Schulz laufe. („Es geht hier nicht um ihre Frau. Es geht um Sie ganz allein. Sie müssen eine Entscheidung treffen!“)

(2) *Rückblende: Schulz zeigt seiner hochschwangeren Frau Sybille ein Bilderrätsel. Er hat seine Beförderung zum Leiter der Technischen Abteilung mit Zeitungsbildern symbolisiert.*

(3) Schulz stellt Kühnel gegenüber heraus, dass er linientreu und sogar in der Partei sei. Grund für den Ausreiseantrag sei lediglich die schwere Erkrankung seines pflegebedürftigen Schwiegervaters, der als Rentner mit seiner Frau nach Westdeutschland ausgewandert ist. Kühnel verharmlost, Schulz sei „diesen Personen“ nichts schuldig. („Glauben Sie, dass Sie „diesen Personen“ irgendetwas schuldig sind? Erst das Glück beim Klassenfeind suchen und dann die Konsequenzen Ihnen und Ihrer Frau aufbürden, oder was?“)

(4) *Rückblende: Sybille blättert unter Tränen Fotoalben mit Erinnerungen an ihren Vater durch. Schulz' Versuch, sie aufzuheitern, lenkt sie nur kurz von ihrer Trauer ab. Als letztmögliche Konsequenz fordert Schulz seine Frau auf, einen Antrag auf einen Besuch ihrer Eltern zu stellen.*

(5) Kühnel zweifelt gegenüber Schulz an, dass der Besuch der Eltern der wirkliche Grund ist und ver-

mutet, dass Sybille stattdessen einen gewissen Herrn Dr. Brenska besuchen will, was Schulz aber irritiert als absurd bezeichnet. Kühnel erhöht hierauf den Druck auf Schulz, indem er seinen Platz verlässt, Schulz umkreist und anbrüllt, ob man „sie“ denn für ahnungslos halte.

Im nächsten Moment gibt er sich aber wieder kollegial und bietet einem irritierten „Genossen Schulz“ eine Zigarette an. „Hat ihre Frau denn wirklich geglaubt, dass hier jeder so einfach mal eben in die BRD fahren kann, oder was?“

(6) Rückblende: Sybille erzählt Jürgen, dass ihr Chef, Dr. Brenska, in den Westen ausgewandert sei. Jürgen, der Zeitungsartikel in einen Ordner klebt, hat dafür nur Verachtung übrig. Sybille erwähnt einen Anwalt in Halle, der auf Ausreiseangelegenheiten spezialisiert sei. Auch hierauf geht Jürgen nicht ein und spielt darauf an, dass sich Dr. Brenska Sybille überdeutlich genähert hat. Für Sybille ist es aber einzig und allein wichtig, ihre Eltern zu besuchen.

(7) Kühnel stellt fest, dass Schulz Wirtschaftsnachrichten aus der Presse „zusammengetragen“ hat. Schulz begründet dies mit seiner Tätigkeit als Wirtschaftsingenieur.

Ohne darauf einzugehen konfrontiert Kühnel ihn mit einem Brief an seine Schwiegereltern, auf den ausgeschnittene Zeitungsfotos aufgeklebt sind. Links ein Fußballspieler beim Einwurf, in der Mitte eine Lokomotive und rechts ein Kind, das auf dem Boden kniet und die Arme flehentlich gen Himmel erhebt. Dies sei, so Schulz, ein Bilderrätsel und bedeute, er wünsche sich, dass der Lieblingsfußballverein seines Schwiegervaters (Lokomotive Leipzig) DDR-Meister wird.

Als Kühnel ihn skeptisch betrachtet, fragt Schulz, ob er denn irgendwelcher Verbrechen beschuldigt wird und bekommt die Gegenfrage „Haben sie welche begangen?“

Schulz' Wunsch, trotzdem einen Anwalt hinzuziehen zu dürfen, wird als unnötig abgetan, schließlich handelt es sich nur um „Fragen zur Klärung eines Sachverhalts“. Im nächsten Satz überrascht Kühnel Schulz mit der Mitteilung, dass er von dessen Anwaltstermin bei Dr. Wetzel in Halle weiß.

(8) Rückblende: Rechtsanwalt Dr. Wetzel macht Sybille und Jürgen klar, dass es nicht im Interesse des Staates ist, qualifizierte Arbeitskräfte ausreisen zu lassen und dass man sie zum Bleiben veranlassen will. Gleichzeitig betont Wetzel, dass das Stellen eines Ausreiseantrags legal ist, er aber nur dann erfolgreich sein kann, wenn beide den Ausreiseantrag immer wieder stellen, um ihre Ernsthaftigkeit zu unterstreichen.

(9) Kühnel spricht Schulz auf seine Frau und ihre Schwangerschaft an, die Aufregung sei nicht gut für sie. Er unterstellt Schulz, dass sie einen gemeinsamen Aufenthalt an der Ostsee zur Planung einer Republikflucht genutzt haben.

„Ich habe nie an Republikflucht gedacht“, verteidigt sich Schulz, „und das wissen sie.“

(10) Rückblende: Bei einem Strandspaziergang teilt Jürgen Sybille seine Bedenken mit („Mensch, da gehen wir doch unter. Das ist überhaupt nicht unsere Mentalität.“), er will nicht alles für eine ungewisse Zukunft im Westen zurücklassen. Sybille teilt seine Sorgen nicht und vertraut auf die gemeinsame Zukunft, worauf er nochmals an sie appelliert. Doch Sybille ist optimistisch und will mit ihm auch durch diese Situation gehen. Jürgen möchte im Osten bleiben, erkennt aber, dass er dann seine Frau und sein Kind verlieren wird. Sybille will ihre Eltern nicht im Stich lassen.

(11) Mittlerweile ist die Nacht angebrochen. Kühnel gibt sich freundlich, schenkt Schulz Kaffee ein. Der Schlaganfall seines Schwiegervaters sei tragisch, aber Schulz müsse sich nicht für alles verantwortlich

fühlen. („Niemand hat Ihre Schwiegereltern dazu gezwungen, in die BRD überzusiedeln. So ein Schlaganfall ist tragisch, aber nicht jeden Schuh, der drückt, müssen Sie sich anziehen.“)

Kühnel versucht Schulz mit der Zusage von Vergünstigungen (Bewilligung der gewünschten Drei-Raum-Wohnung und frühere Zuteilung des bestellten Trabants) dazu zu bringen, den Ausreiseantrag zurückzuziehen, stellt ihm eine größere Wohnung und die schnellere Lieferung eines bestellten Autos in Aussicht (Anmerkung: Der Trabant wurde im Februar 1982 bestellt. Kühnel gibt zu, dass Schulz im Normalfall noch einige Jahre darauf warten müsste – dies gibt einen realistischen Einblick in die wirtschaftliche Situation der DDR vor dem Mauerfall). Kühnel gibt sich kooperativ, es sei ja nicht alles perfekt im Land, aber man könne über alles reden. Und er zeigt sich verständnisvoll: der Ausreisewunsch sei ja nicht von ihm ausgegangen. („Es ist doch klar, dass es auch hier bei uns an der einen oder anderen Stelle zwickt und zwackt. Aber wir können über alles reden!“)

(12) Rückblende: Während Jürgen den Geburtstagsbrief an seine Schwiegermutter unterschreibt, schneidet Sybille die Bilder aus der Zeitung aus, u.a. das einer Lokomotive, die Jürgen später mit dem Lieblings-Fußballverein seines Schwiegervaters (Lok Leipzig) in Verbindung bringt. Jürgen ist noch unsicher, ob er im Westen zurechtkommt, doch Sybille bekräftigt, dass sie es schaffen werden.

(13) Schulz hinterfragt die Konsequenzen, die ein Zurückziehen des Ausreiseantrags zur Folge hat, und Kühnel betont, dass die angesprochenen Vergünstigungen natürlich Bestand haben. („Ich denke, die haben Sie sich auch verdient.“) Als Schulz das Formular unterschreiben will, durchschaut er Kühnells Plan und erkennt dies als Verrat an seiner Frau. Er liebe seine Frau und könne deshalb den Antrag nicht zurücknehmen.

Als Schulz gehen will, konfrontiert ihn Kühnel mit Indizien, die besagen, dass das Kind, das Sybille erwartet, wohl von Dr. Brenska stammt, es lägen Informationen vor, nach denen die Beziehung der beiden nicht nur rein beruflicher Natur waren. Schulz streitet dies vehement ab.

Kühnel stellt heraus, Jürgens Loyalität gegenüber seiner Frau sei sinnlos. („Warum wollen Sie alles opfern für eine Beziehung, die keinerlei Substanz hat?“)

Schulz hinterfragt Kühnel („Sie sind nicht verheiratet, oder?“) und durchschaut dieses Manöver als Lüge, die ihn nur dazu bringen soll, den Antrag zurück zu ziehen. Er kündigt an, sich über Kühnel bei einer staatlichen Stelle beschweren zu wollen. Doch dies beeindruckt Kühnel nicht. „Der Staat sind wir, und niemand sonst.“

Schließlich zeigt Kühnel auf, dass das Bilderrätsel im Brief an die Schwiegereltern von Jürgen Schulz nichts mit Fußball zu tun hat und dechiffriert es als Hinweis auf einen Ausreiseantrag (denn der Lieblingsverein sei eben nicht Lok Leipzig, sondern Dynamo Dresden). Schulz muss erkennen, dass Kühnel ihm immer einen Schritt voraus ist.

Die Ankündigung eines Ausreiseantrags bedeutet landesverräterische Nachrichtenübermittlung („Sie sind ein Träger der ideologischen Diversion“) und um seine Frau zu schützen, erklärt sich Schulz hierfür verantwortlich.

Kühnel legt Schulz ein Gesprächsprotokoll vor, er solle seine Gesetzesverstöße zugeben oder den Ausreiseantrag zurückziehen. In diesem Fall könne von den Beschuldigungen abgesehen werden.

Schulz sieht jedoch keinen anderen Ausweg, als die ihm aufdiktierten Verstöße zuzugeben. „Ich möchte ausreisen. Ich hoffe, der Sachverhalt ist damit geklärt.“

Als sei nichts geschehen bietet Kühnel Schulz noch ein Käsebrod an, wobei er durchblicken lässt, dass

er auch verheiratet ist, und vermerkt „18 Monate“ auf dem Protokoll, bevor er den Raum verlässt und Schulz allein zurücklässt.

(14) Haftanstalt: Wegen mehrfacher Gesetzesverstöße wird Jürgen Schulz, wie vom Bezirksstaatsanwalt beantragt, zu 18 Monaten Freiheitsentzug verurteilt „zum Schutze des Staates und zur Erziehung des Angeklagten“.

Die Klärung eines Sachverhalts endet mit zwei Inserts:

Zwei Jahre später (1987) wird Jürgen Schulz für knapp 100.000 DM von der BRD aus der Haft freigekauft.

Bis zum Fall der Mauer wurden 33.755 politische Häftlinge gegen Devisenzahlungen in den Westen abgeschoben. Die DDR erwirtschaftete auf diese Weise insgesamt 3,4 Milliarden DM.

Basisinformation 1: Die Schlussakte von Helsinki als Grundlage der ständigen Ausreise aus der DDR

Mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde zu Zeiten des Ost-West-Konflikts angestrebt, beiden Blöcken eine Basis für ein geregeltes Miteinander zu schaffen. An der ersten Konferenz in Helsinki nahmen 1973 die USA, Kanada, die Sowjetunion und alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien teil.

In der 1975 unterzeichneten Schlussakte wurden Vereinbarungen über Menschenrechte, die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, Sicherheitsfragen sowie Fragen der Zusammenarbeit in humanitären Angelegenheiten getroffen.

Durch diese Schlussakte wurden die Grenzen des Ostblocks international anerkannt und die Grundlagen für den vom Wirtschaftsbund der Ostblockstaaten, dem „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RgW), dringend benötigten wirtschaftlichen Austausch geschaffen. Gleichzeitig wurde das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ festgeschrieben.

Als Gegenleistung der Ostblockstaaten bekannten sich die Teilnehmerstaaten zu den Menschenrechten, u.a. zur Reisefreiheit.

„Die Teilnehmerstaaten (...) setzen sich zum Ziel, freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern und zur Lösung der humanitären Probleme beizutragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben. (...)

Um die weitere Entwicklung von Kontakten auf der Grundlage familiärer Bindungen zu fördern, werden die Teilnehmerstaaten Gesuche auf Reisen wohlwollend prüfen mit dem Ziel, Personen zu erlauben, in ihr Territorium zeitweilig und, wenn gewünscht, regelmäßig einzureisen oder aus ihm auszureisen, um Mitglieder ihrer Familien zu besuchen. (...)

Sie bestätigen, dass die Einreichung eines Gesuchs betreffend Kontakte auf der Grundlage familiärer Bindungen zu keiner Veränderung der Rechte und Pflichten des Gesuchstellers oder seiner Familienmitglieder führen wird.“

Doch die Handhabung gerade zur Reisefreiheit wurde durch die Ostblockstaaten nicht konform dieser Vereinbarung praktiziert, ohne dass dies zunächst spürbare Konsequenzen nach sich zog.

Als sich Bürgerrechtsbewegungen und Menschenrechtsorganisationen im Laufe der Jahre immer mehr auf die Vereinbarungen der Schlussakte von Helsinki beriefen, konnten die Ostblockstaaten diese nicht mehr ignorieren. Letztlich sind die humanitären Vereinbarungen dieser Akte mitentscheidend für den Zusammenbruch des Ostblocks.

Basisinformation 2: Der Ausreiseantrag in der Praxis

Aufgrund der Schlussakte von Helsinki konnte die DDR Ausreisewünsche nicht völlig ignorieren. Das Stellen eines Ausreiseantrags („Antrag zur ständigen Ausreise aus der DDR“) bedeutete, dass der Antragsteller das Land dauerhaft verlassen wollte. Auch wenn der Antragsteller mit harten Schikanen

durch den Staat und Mitbürger rechnen musste, sahen viele darin die einzig legale Möglichkeit, die DDR zu verlassen. Der Antrag ging oft mit einem Antrag auf Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft einher. Hiermit konnten die Druckmittel auf die Antragsteller „legalisiert“ werden.

Auch wenn die Ausreisewilligen sich aus der Sicht der Staatsführung vom Kommunismus losgesagt haben, war der DDR daran gelegen, diese zur Rücknahme des Antrags zu bewegen. Ein wesentlicher Grund hierfür war, dass das Auswandern von „Werkstätigen“, die zum Aufbau des Sozialismus beitragen sollten, die schlechte wirtschaftliche Lage der DDR nicht gerade verbessern würde. Lediglich Rentnern wurde eine schnelle Übersiedlung nach Westdeutschland ermöglicht, dies aber nicht aus humanitären Gründen, sondern weil diese eine wirtschaftliche Belastung ohne das Erbringen einer Gegenleistung bedeuteten.

Deshalb wurden Ausreiseanträge in den Westen zunächst generell abgelehnt. Eine vorübergehende Ausreise wurde nur privilegierten Personen aus Politik, Kultur, Sport, Wissenschaft oder Wirtschaft („Reisekader“) genehmigt, die von der Stasi eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ erhielten und als „zuverlässige Bürger der DDR“ galten. Aufsehen erregte 1976 der Fall des regimekritischen Liedermachers Wolf Biermann, dem eine vorübergehende Konzertreise nach Westdeutschland genehmigt wurde, die DDR dies aber dazu nutzte, ihm die Wiedereinreise zu verweigern („Ausbürgerung“).

Angenommen wurde der Ausreiseantrag von der Abteilung Inneres des jeweiligen Kreises oder Bezirks, die eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit („Stasi“) zusammenarbeitete. Hierdurch konnten Informationen ausgetauscht werden, die dabei helfen sollten, Druck auf den Antragsteller auszuüben. Dieser Druck kam einer Zermürbung gleich, denn die Bearbeitung eines Ausreiseantrags konnte sich über mehrere Jahre hinstrecken. Dabei wurden zweierlei Ziele verfolgt:

- der Antragsteller sollte dazu bewegt werden, den Antrag zurückzuziehen
- andere potentielle Antragsteller sollten abgeschreckt werden

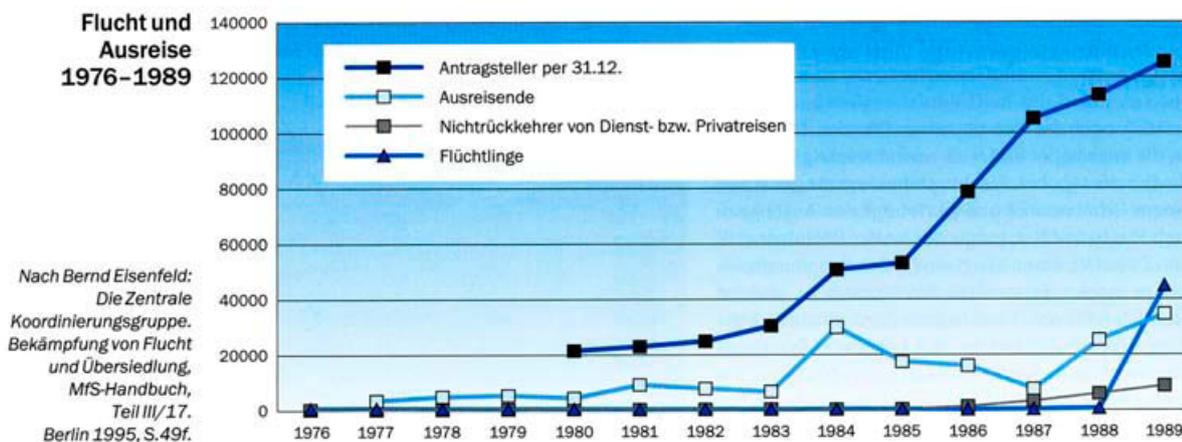
Die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) des Ministeriums für Staatssicherheit („Stasi“) koordinierte das Zusammenwirken der beteiligten staatlichen Organe, um einen „Operativen Vorgang“ anzulegen, in dem sämtliche, auch die intimsten, Lebensumstände des Ausreisewilligen gesammelt wurden. Oftmals unscheinbare Daten wurden erst in der Verbindung miteinander zum Nachteil für den beobachteten Bürger. In *Die Klärung eines Sachverhalts* wird dies deutlich, als ein in einem Bilderrätsel versteckter Ausreisewunsch dechiffriert wird, weil der Stasi der Lieblings-Fußballverein des Adressaten bekannt ist. Die Folgen für den Ausreisewilligen waren vielschichtig. Es waren zunächst soziale Benachteiligungen, Vorzüge, wie z.B. eine größere Wohnung, wurden nicht mehr gewährt, dann wurden auch Familienangehörige in die Schikanen mit einbezogen, und oft ging es bis zum Verlust des Arbeitsplatzes.

Wenn der Ausreiseantrag mit dem Verlust der DDR-Staatsbürgerschaft einher ging, wurden die Personalausweise in sogenannte PM-12 („Klappkarten“) eingetauscht. So war bei Ausweiskontrollen klar ersichtlich, wer ausreisewillig war. Dies ermöglichte dem Kontrollierenden weitere Schikanen, bis hin zu einer Inhaftierung von bis zu 24 Stunden.

Eine weitere Maßnahme gegenüber Ausreisewilligen war die Kriminalisierung. Es war leicht, aus der Antragstellung auf eine nicht staatstreue Haltung zu schließen. Vor diesem Hintergrund konnten die verschiedensten Handlungen als Sabotage oder Landesverrat interpretiert werden, was eine längere Haftstrafe nach sich ziehen konnte.

Selbst eine Inhaftierung konnte im Sinne des Staates sein. Neben der Abschreckung wurden so „unliebsame Unruhestifter“ aus dem Verkehr gezogen und konnten ihr „staatszersetzendes Gedankengut“ nicht mehr weiter verbreiten. Zum anderen bot sich die Möglichkeit, dass dieses Schicksal in Westdeutschland publik wurde, was wiederum dazu führte, dass die Häftlinge freigekauft wurden. So kam die DDR an dringend benötigte Devisen. Insgesamt 33.755 politische Häftlinge wurden von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft, die DDR erhielt hierfür rund 3,4 Milliarden DM. Begründet hat die DDR die Kosten von durchschnittlich 90.000 DM durch die Ausbildung, die sie dem ausreisewilligen Bürger zur Verfügung gestellt hat, und die jetzt einem anderen Land nutzt, aber auch durch einen „Schaden“, der von ihm angerichtet wurde. Vom Bau der Mauer (1961) bis 1988 konnten rund 383.000 DDR-Bürger legal ausreisen, allein im Jahr 1989 waren es mit 344.000 Personen annähernd genau so viele. Letztlich kann man sagen, dass die Ausreisebewegung einen immensen Druck auf die Staatsfüh-

zung der DDR ausgeübt hat und eine der Ursachen für den Zusammenbruch des Systems war. Je nachdem, welchen Umfang die Behandlung dieser Thematik zulässt, sollten die 50er-, 60er-, 70er- und 80er-Jahre differenziert betrachtet werden, da die Behandlung der Menschenrechtsfrage von den ab 1963 durchgeführten Freikäufen durch den Westen, dem UNO-Beitritt der DDR 1972 und dem Grundlagenvertrag bis hin zum sich abzeichnenden Zusammenbruch in den 80er-Jahren stets unterschiedlich gehandhabt wurde.



(Aus: Gieseke, DDR-Staatssicherheit, 68.)

Basisinformation 3: Das Ministerium für Staatssicherheit im System der DDR

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, umgangssprachlich „Stasi“) war die Geheimpolizei der DDR mit einer starken geheimdienstlichen Komponente. Allerdings arbeitete die Stasi nicht nur im Verborgenen, wie der Ausdruck „geheimdienstlich“ suggeriert, sondern war für die DDR-Bürger allgegenwärtig in der Verfolgung und Untersuchung politischer Straftaten. Innerhalb der DDR reichten die Tätigkeiten von der Zusammentragung von Informationen über einzelne, auch politisch nicht in Erscheinung tretender Personen bis hin zur massiven Einschüchterung derselben und machte auch vor Leib und Leben nicht halt. Die Überwachungsmethoden der Stasi brachten ihr im Volk Namen wie „VEB Horch und Guck“ ein, während die Staatspartei SED diese und das MfS selbst sich als „Schild und Schwert der Partei“ bezeichneten.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland waren Aktivitäten des MfS feststellbar, die bis hin zur Ermordung von Regimegegnern gegangen sind. Verschwörungstheoretiker gehen sogar so weit, nicht völlig geklärte Todesfälle wie den des damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel (1987) mit der Stasi in Verbindung zu bringen. Dahingegen sind Kooperationen mit Mitgliedern der Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF) und deren Unterstützung nachgewiesen.

Die Mitarbeiter des MfS hatten militärische Dienstgradbezeichnungen. Es gab jedoch auch einen militärischen Aufklärungsdienst, der dem „Verteidigungsministerium“ unterstand. Dieser wurde genauso wie die Polizei vom MfS überwacht und bespitzelt. Das MfS unterstand direkt der SED und ihrer Organe, also dem Politbüro und dem Zentralkomitee. Da die Partei ihr Führungsmonopol mit Artikel 1 der DDR-Verfassung legitimieren kann, waren letztendlich auch die Maßnahmen des MfS im Sinne der DDR-Gesetzgebung legitim. Artikel 1 der DDR-Verfassung:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“

Wie sehr die DDR von der Stasi durchdrungen war zeigt sich darin, dass neben ca. 91.000 hauptamtlichen Mitarbeitern ca. 189.000 „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) für das MfS tätig waren. Dies entspricht in etwa jedem 50. Erwachsenen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland waren IM aktiv; man vermutet, dass hier 3.000 bis 4.000 Personen mit dem MfS zusammengearbeitet haben.

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1950	5.200	1960	95.500	1970	122.400	1980	175.400
1951	13.900	1961	103.500	1971	127.500	1981	176.800
1952	14.400	1962	108.400	1972	136.500	1982	178.700
1953	16.100	1963	103.700	1973	145.500	1983	176.362
1954	27.100	1964	93.100	1974	165.000	1984	174.165
1955	38.200	1965	92.400	1975	200.100	1985	175.374
1956	40.900	1966	95.800	1976	202.700	1986	176.400
1957	52.300	1967	102.600	1977	203.000	1987	172.700
1958	58.000	1968	106.900	1978	194.700	1988	173.081
1959	77.800	1969	112.600	1979	186.700	1989	173.000

Hochrechnung (kursiv) und gesicherte Zahlen zur IM-Entwicklung des MfS (1950–89)

Verteilung der IM je Einwohner bei den MfS-Bezirksverwaltungen (1988)

Bezirk	IM	Einwohner	Verhältnis	Bezirk	IM	Einwohner	Verhältnis
Cottbus	10.546	884.744	1:84	Gera	5.854	742.023	1:127
Schwerin	6.512	595.176	1:91	Dresden	13.654	1.757.363	1:130
Magdeburg	12.684	1.249.518	1:99	Karl-Marx-Stadt	13.599	1.859.525	1:137
Suhl	5.293	549.442	1:104	Erfurt	8.351	1.240.394	1:149
Frankfurt	6.857	713.764	1:104	Halle	11.063	1.776.458	1:161
Rostock	8.749	916.541	1:105	Leipzig	9.984	1.360.923	1:163
Neubrandenburg	5.310	620.467	1:117	Berlin	7.779	1.284.535	1:165
Potsdam	9.287	1.123.759	1:121				

Altersstruktur der IM der Hauptabteilung VI in Prozent (1980–87)

Jahr	- 25	25 – 40	40 – 65	65 -
1980	7,8	51,4	37,5	3,4
1981	7,4	51,3	36,6	4,6
1982	6,0	51,0	39,2	4,0
1983	9,6	45,8	40,8	3,8
1984	7,6	44,4	43,3	4,7
1986	8,5	43,6	43,1	4,8
1987	7,7	44,2	44,3	3,8
Durchschnitt	7,8	47,4	40,7	4,2

[Anmerkung: Das Jahr 1985 fehlt.]

Quelle: Helmut Müller-Enbergs „Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 3: Statistiken“, Berlin: BStU 2008.

Neben den hauptamtlichen Mitarbeitern, die vermutlich allesamt Parteimitglieder waren, kommt den IM eine besondere Bedeutung zu, denn unter diesen waren nicht nur Staatsdiener, sondern auch weitgehend unauffällige Privatpersonen, deren Aufgabe es war, durch noch so geringe Informationen ein möglichst genaues Persönlichkeitsbild der überwachten Personen zu ermöglichen. Dies konnte sogar so weit gehen, dass ein scheinbar harmloser „Treppenhausklatsch“ dazu führte, dass dem MfS Informationen geliefert wurden, die diese wie ein Puzzle zu einem Gesamtbild zusammensetzen konnte. Es ist verständlich, dass in einer solchen Gefahr lebend der DDR-Bürger, dem die Existenz und Aufgabe der Stasi wohl bekannt war, darauf bedacht war, möglichst unauffällig zu leben und möglichst keine Informationen über sich selbst nach außen zu tragen. Selbst der nächste Familienangehörige konnte IM sein.

Die IM wurden unter Decknamen geführt. Die Decknamen konnten fiktiv sein, es gab auch IMs, die sich selbst gewählte Decknamen zulegte. Es wurden seitens der Stasi viele Akten vernichtet, denn diese hatte genügend Zeit dafür. Erst am 04.12.1989 wurde die erste Stasi-Dienststelle besetzt, die Stasi-Zentrale sogar erst am 15.01.1990. Somit bleiben oftmals nur Vermutungen und Spekulationen. Die Zusammenarbeit mit der Stasi war für viele IM nicht unbedingt nur eine politische Überzeugungsfrage. Oftmals ging diese mit der Hoffnung auf Vergünstigungen im privaten oder beruflichen Bereich einher.

Basisinformation 4: Politische Haft und ihre gesetzlichen Grundlagen in der DDR

Der Begriff einer „Politischen Haft“ war in der DDR ungebräuchlich, im sozialistischen Selbstverständnis gab es keine politischen Gefangenen. Dennoch enthielt das DDR-Strafrecht Gesetze, die der justizförmigen Verfolgung „politischer Gegner“ dienten, so § 96 (Hochverrat), § 97 (Spionage), § 98 (Sammlung von Nachrichten), § 99 (Landesverräterische Nachrichtenübermittlung), § 100 (Staatsfeindliche Verbindungen), § 105 (Staatsfeindlicher Menschenhandel), § 106 (Staatsfeindliche Hetze), § 213 (Ungesetzlicher Grenzübertritt), § 219 (Ungesetzliche Verbindungsaufnahme), § 220 (Öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung), §§ 245, 246 (Geheimnisverrat) und § 256 (Wehrdienstentziehung/-verweigerung).

Die Verhaftung, die Untersuchungen und der Vollzug der Untersuchungshaft wurden durch die Stasi vorgenommen. Eine Untersuchungshaft diente zunächst einmal dazu, den Gefangenen zu zermürben und Aussagen zu erzwingen, die eine Weiterinhaftierung rechtfertigten. Es gab insgesamt 17 Untersuchungshaftanstalten in Ost-Berlin und in den Bezirkshauptstädten, die zentrale Untersuchungshaftanstalt, die direkt dem Minister unterstand, befand sich in Berlin-Hohenschönhausen (vgl. <http://www.stiftung-hsh.de/>).

Politische Gefangene waren im Strafvollzug mit Kriminellen zusammen, aber bewusst schlechter gestellt und behandelt. Vor allem in den Anfangsjahren der DDR häuften sich Todesfälle durch Hunger und Mangelkrankungen. Dieser Zustand besserte sich erst im Laufe der Jahre, auch wenn Maßnahmen wie Schlafentzug, Einzelhaft und Isolation typische Maßnahmen der als „Erzieher“ bezeichneten Mitarbeiter des Strafvollzugs waren.

Politische Häftlinge und Ausreiseantragsteller

Wegen „Staatsverbrechen“ einsitzende Häftlinge je Quartal 1953 bis 1961

Jahr	Häftlinge insgesamt	davon: Strafgefangene	wegen Staatsverbrechen	wegen Staatsverbrechen Verurteilte in Prozent aller Strafgefangenen
1953/IV	43.116	36.186	12.520	34,6
1954/I	37.668	32.422	11.607	35,8
1954/II	40.001	34.768	12.447	35,8
1954/III	40.911	36.018	12.966	36,0
1954/IV	45.812	39.488	14.097	35,7
1955/I	48.411	42.180	14.214	33,7
1955/II	48.396	41.433	13.631	32,9
1955/III	48.914	42.645	13.988	32,8
1955/IV	47.693	39.920	13.014	32,6
1956/I	48.747	41.940	13.127	31,2
1956/II	31.806	29.442	11.129	37,8
1956/III	25.885	22.500	8.115	39,9
1956/IV	22.343	20.191	6.044	33,9
1957/I	22.362	20.211	5.902	29,2
1957/II	24.854	21.000	4.965	26,1
1957/III	26.727	23.000	5.149	24,9
1957/IV	27.777	22.760	5.167	22,7
1958/I	30.957	25.000	5.381	23,3
1958/II	36.769	27.500	6.097	23,4
1958/III	42.035	33.000	7.913	24,0
1958/IV	36.889	31.850	4.681	14,7
1959/I	35.992	31.000	6.695	21,6
1959/II	34.362	29.000	6.257	21,6
1959/III	34.569	28.500	6.065	21,3
1959/IV	34.172	28.739	6.021	21,0
1960/I	34.979	29.442	5.783	19,6
1960/II	34.125	28.754	5.934	20,6
1960/III	35.160	29.046	6.257	21,5
1960/IV	23.414	18.198	7.183	39,5
1961/I	24.303	20.314	-	-
1961/II	23.237	18.821	- (keine Angaben)	-
1961/III	31.718	22.746	-	-
1961/IV	37.866	28.960	8.117	26,9

Quelle: Interne Zählung der Hauptverwaltung Strafvollzug des Mdl der DDR

(aus: Werkentin, Recht und Justiz im SED-Staat, 101f.)

Häftlingsfreikauf 1963 bis 1989:

Jahr	Freikauf	Jahr	Freikauf	Jahr	Freikauf
1963	8	1972	731	1981	1.584
1964	888	1973	631	1982	1.491
1965	1.541	1974	1.053	1983	1.105
1966	424	1975	1.158	1984	2.236
1967	531	1976	1.439	1985	2.669
1968	696	1977	1.475	1986	1.450
1969	927	1978	1.452	1987	1.209
1970	888	1979	890	1988	1.048
1971	1.375	1980	1.036	1989/III	1.840*

* Erstes bis drittes Quartal 1989

(aus: Werkentin, 81)

Basisinformation 5: Karl Wilhelm Fricke über die Memoiren aus dem Stasi-Milieu

Ein Blick auf die Stasi wäre unvollständig, wenn wir nur von West nach Ost schauen würden. Einen Einblick in das Selbstverständnis der Agierenden bekommen wir, wenn wir die Memoiren diverser Stasi-Größen betrachten. Karl Wilhelm Fricke fasst in einem Aufsatz in der Ausgabe „Aus Politik und Zeitgeschichte, B30-31/2001“ die Sicht von Generaloberst a.D. Markus Wolf (Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit und Chef der HVA = Hauptverwaltung A [Auslandsaufklärung] bis 1986), Generaloberst a.D. Werner Großmann (Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit und Chef der HVA von 1986 bis 1990) und Generalmajor a.D. Josef Schwarz (Chef der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt) zusammen.

Hierbei dürfen natürlich keine belegbaren Fakten erwartet werden, ebenso wenig wie „offenkundige Unwahrheiten“, betont Fricke. Dennoch ist die Sicht derjenigen von Interesse, die aus ihrer Überzeugung heraus und mit der Legitimation einer vermeintlichen Rechtsprechung sich vor den Zeichen der Zeit verschließen und sich aufgrund ihrer selektiven Wahrnehmung rechtfertigen wollen.

Als Beispiel für die Verdrehung der Wahrheit wird Schwarz' Behauptung herangeführt, unter „Zersetzung“ sei nicht die „physische oder psychische Zerstörung einer Persönlichkeit zu verstehen, sondern die „Auflösung oder Desorganisation einer Gruppe, indem man Personen aus diesen Gruppen zu beeinflussen versucht.“ In der MfS-Richtlinie 1/76 werden dagegen die „bewährten“ Methoden der Zersetzung beschrieben, hier werden u.a. die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufs“, die „systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge“, die „Verwendung anonymer und pseudonymer Briefe“, die Verwendung „kompromittierender Fotos“ und die „gezielte Verbreitung von Gerüchten“ ausdrücklich genannt.

Neben den innenpolitischen Aktivitäten, die beschönigt und verharmlost dargestellt werden, enthalten die Erinnerungen schwerpunktmäßig eine Schilderung der außenpolitischen Erfolge der Westspionage.

In den Texten der drei MfS-ler lassen sich in der Betrachtung der Geschichte oftmals Parallelen finden, die symptomatisch für die Sichtweise der SED und DDR-Oberen und ihrer verlängerten Arme sein dürfte. Denn eines sollten wir nicht vergessen: auch wenn vieles für uns heute unverständlich scheint, so haben die Agitatoren doch aus voller Überzeugung gehandelt, eingebunden in ein System der unbedingten Parteidisziplin, verbunden mit einer Dialektik, die jeden Zweifel im Keim erstickte.

So wird wiederholt behauptet, dass die DDR nur deshalb zusammenbrechen konnte, weil sie von den Sowjets und den KGB-Genossen im Stich gelassen wurde. Bis zuletzt bestand die Hoffnung, dass die UdSSR dabei helfen würde, „personelle und politische Veränderungen in der DDR herbeizuführen“. Ob hierbei auch eine militärische Hilfe in Betracht gezogen wurde, und wie sich diese ausgewirkt hätte, muss offen bleiben.

Nach der Erkenntnis des ZK der KPdSU, dass eine weitere Unterstützung der DDR zwecklos sei, suchte die SED ihr Heil darin, ihre Führung zu verjüngen. Doch auch diese Regierung hatte ihren Kredit schon zu dem Zeitpunkt verspielt, zu dem sie angetreten war. Die Staatssicherheit fühlte sich allein gelassen, die Öffnung der Mauer widersprach jeglichem Verständnis und die Stasi-Eliten mussten hilflos zusehen, wie sich die DDR nach und nach selbst aufgab.

Dies kann auch eine Erklärung dafür sein, warum es nicht zu einer militärischen Auseinandersetzung kam. Zum einen wäre die Staatssicherheit isoliert gewesen und konnte nicht mit „Bruderhilfe“ aus Moskau rechnen, zum anderen kann aber auch angenommen werden, dass ein Bürgerkrieg vermieden werden sollte, nicht zuletzt, weil die Regierung, die es zu verteidigen galt, keinerlei Unterstützung verdiente.

Die Stasi saß förmlich neben der Entwicklung und konnte ihr nur tatenlos zusehen. Diese Passivität lässt sich daraus erklären, dass sie ohne Weisung der Partei, der sie sich streng unterworfen hatte, gelähmt war. Hier wird deutlich, dass das MfS doch kein eigenständiges Machtzentrum (kein Staat im Staate) war, wie vielerorts vermutet, sondern getreu der kommunistischen Ideologie nur „Schild und Schwert der Partei“. Dazu kam, dass den Stasi-Eliten schlichtweg der Mut fehlte, das Heft in die Hand zu nehmen. Letztlich führte die unbedingte Parteidisziplin dazu, dass sich die MfS-Mitglieder aus Furcht vor den Repressalien, die sie selbst jahrzehntelang ausübten, nicht zu eigenen Aktivitäten entschließen konnten.

Die Erinnerungen sind mehr die Suche nach Schuldigen, denen man die Verantwortung zuschieben kann, als ein Eingeständnis eigener Fehler. So war auch der Kampf gegen den „Klassenfeind“ Befehl, dem sich das MfS bedingungslos zu unterwerfen hatte. Denn wann immer etwas Unvorhergesehenes, für das System Kontraproduktives eintrat, war der Schuldige nicht in den eigenen Reihen ausfindig zu machen, sondern der meist vom Westen gesteuerte „Klassenfeind“. Dessen Aktivitäten gingen sogar so weit, eine eventuelle Opposition im eigenen Land zu steuern, die es nach dem kommunistischen Selbstverständnis nicht geben konnte. Es war ja auch einfacher, eine Meinung als „feindlich“ einzustufen, als sich mit dieser auseinanderzusetzen.

So beschränken sich die Memoiren auf die verklärte Schilderung der DDR aus sozialistischer Sicht. Noch immer hat die Partei stets recht, noch immer sind die Maßnahmen, die gegen das „eigene Volk“ gerichtet waren, gerechtfertigt im Kampf gegen den „Klassenfeind“, noch immer hören wir Rechtfertigungen und Schuldzuweisungen, aber keine Entschuldigungen. Aus den Darlegungen ist aber auch ersichtlich, dass an ein Wiederauferstehen des „real existierenden Sozialismus“ geglaubt wird, dass die marxistisch-leninistischen Ideale noch bestehen.

Es ist ersichtlich, dass diese ehemaligen Stasi-Generäle und ihre Untergebenen an ihr System geglaubt haben, für dieses System gelebt haben. Loyalität zur kommunistischen Ideologie, auch über das Bestehen der DDR hinaus, gehört zu deren Selbstverständnis, und eine Revision würde einer Selbstverleugung gleichen. Dies müssen wir verstehen, auch wenn es sich für die meisten um die Sicht von „Ewig-Gestrigen“ handelt. Nur, wenn wir die Umstände der Vergangenheit kennen, lässt sich die Zukunft bewusst gestalten.

Weiterführende Literatur:

Karl Wilhelm Fricke: MfS – intern, Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation. Wiss. und Pol., Köln 1991.

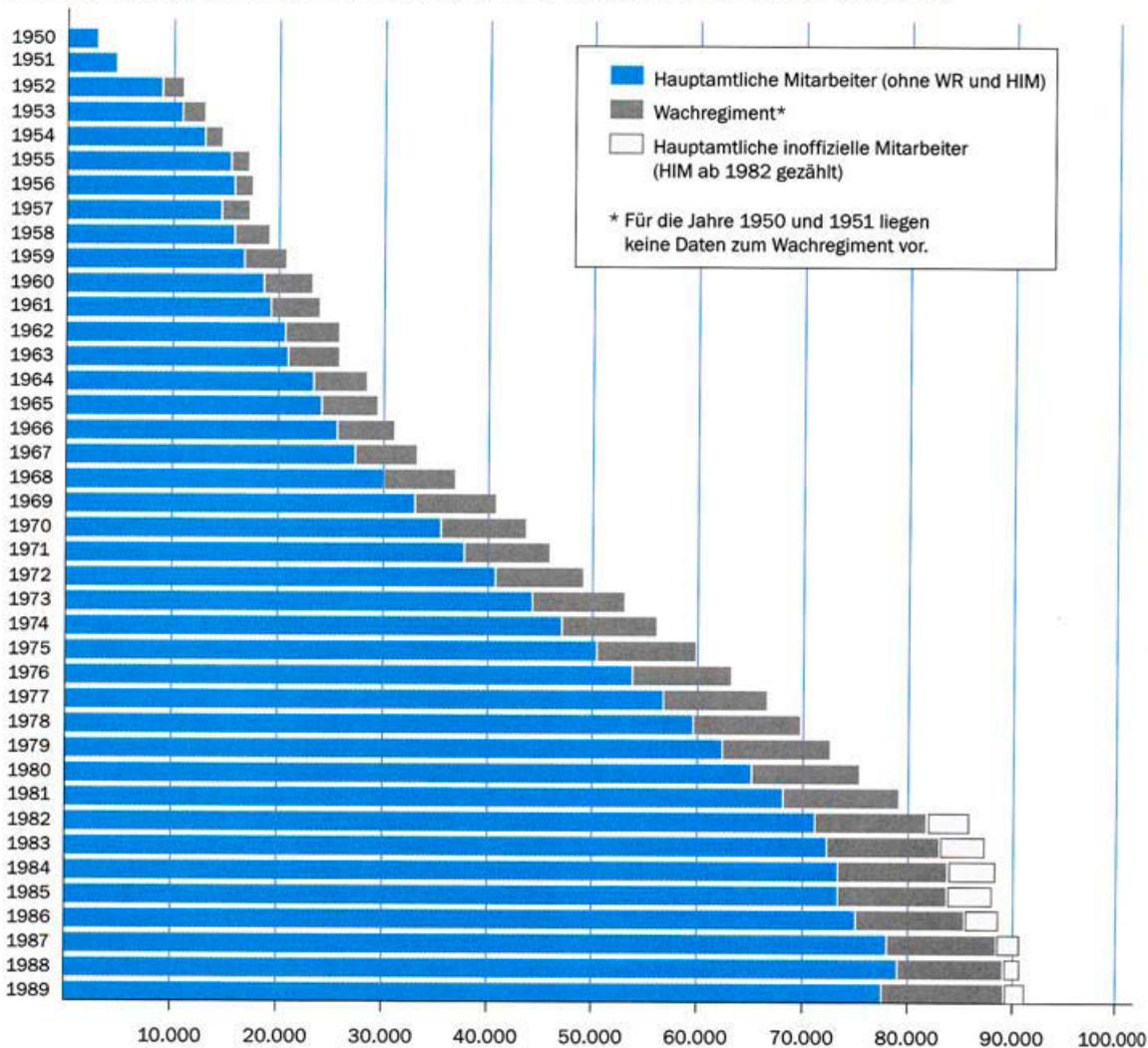
Gerichtsverfahren mit MfS-Beteiligung 1978

1 766	Personen kamen in MfS-Verfahren vor Gericht
1 653	Verurteilungen, meist zu mehrjährigen Haftstrafen, u.a.:
627	(versuchter) „ungesetzlicher Grenzübertritt“ (Republikflucht)
221	„Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung“
206	„staatsfeindliche Verbindungen“
151	„Staatsfeindliche Hetze“
103	„staatsfeindlicher Menschenhandel“ (Fluchthilfe)
22	Spionage im Auftrag westlicher Geheimdienste
8	Sabotage
4	„Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (z.B. NS-Täter, Kriegsverbrecher)
107	Verfahren eingestellt
2	Freisprüche

Zusammengestellt nach Clemens Vollnhals: *Der Schein der Normalität. Staatssicherheit und Justiz in der Ära Honecker*, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hrsg.): *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*. Berlin 1997 (Ch. Links Verlag), S. 213–247, hier 219f.

(Aus: Gieseke, 80.)

Personalentwicklung des Ministeriums für Staatssicherheit 1950 bis 1989



(aus: Gieseke, 86)

Exemplarisches Beispiel: Der Fall Eigendorf

Zu den spektakulärsten Ereignissen in der Geschichte der DDR-Flüchtlinge zählt der Fall des Fußballers Lutz Eigendorf. Der „Beckenbauer der DDR“ setzt sich 1979 nach einem Gastspiel seines Clubs „Dynamo Berlin“ in Kaiserslautern von der Mannschaft ab und verbleibt im Westen. Vier Jahre später stirbt er bei einem bis heute nicht vollständig aufgeklärten Autounfall, zwei Wochen nachdem er in der Fernsehsendung „Kontraste“ ein Interview gegeben hat, in dem er Westdeutschland als hochattraktiv für die DDR-Kicker geschildert hat. Offiziellen Bekundungen zufolge spielten Frustration über eine Nichtaufstellung, die regennasse Straße und Alkohol eine Rolle bei dem Unfall, doch bei Recherchen lässt sich immer wieder feststellen, dass das MfS zumindest in Eigendorfs Nähe agiert hat. Und es gibt einige Indizien dafür, dass die Stasi auch unmittelbar an dem Unfall beteiligt war, so der Journalist Heribert Schwan in seinem Buch und Film „Tod dem Verräter“.

An einer Ausschaltung Eigendorfs hatte Erich Mielke, nicht nur Stasi-Chef, sondern auch Vorsitzender des „Stasi-Clubs“ Dynamo Berlin, ureigenstes Interesse. Eigendorfs Flucht muss ihn so sehr provoziert haben, dass er eine Vielzahl von Agenten (man spricht von bis zu 50) auf ihn und seine in der DDR lebende Familie angesetzt hat.

Ein heute in Gießen, dem Fluchort Eigendorfs, lebender ehemaliger IM bestätigt, dass er einen konkreten Auftrag zur Überwachung von Eigendorf hatte. Diese soll in der Form stattgefunden haben, dass er

Eigendorf, der seinerzeit bei Gifhorn lebte, „mit dem PKW von Hamburg aus“ beobachtet hätte, eine weitere Aufklärung habe aber nicht stattgefunden.

Dennoch ist dieser IM heute davon überzeugt, dass Eigendorf liquidiert wurde, alleine schon zur Abschreckung eventueller Nachahmer. Die Nachricht von Eigendorfs Unfall erreichte die Spieler des FC Dynamo Berlin am nächsten Tag in Stuttgart, wo sie sich zu einem Freundschaftsspiel aufhielten.

In der „Braunschweiger Zeitung“ (Eigendorf spielte zuletzt bei Eintracht Braunschweig) wurden Stasi-Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass sich ein „IM Kroll“ sehr intensiv um Eigendorf gekümmert haben muss. „Das Haus der Zielperson, die Nummer 21, liegt linker Hand. Davor zwei PKWs vom Typ Alfa-Sud“. Bei der Auflistung seiner Fahrtstrecke von der Wohnung zum Stadion werden nicht nur die befahrenen Straßen akribisch aufgelistet, auch exakte Beschreibungen der Geschäftsstelle und ihrer Mitarbeiterinnen fehlen nicht. Auch das bei den Eintracht-Spielern beliebte Lokal wird mitsamt dem Wirt ausgekundschaftet.

Ein Schlüssel kann IM „Klaus Schlosser“ sein, dem es gelang, in unmittelbare Nähe zu Eigendorf zu kommen. So galt er als persönlicher Freund Eigendorfs und ging in dessen Haus ein und aus. Doch auch mit seinem Führungsoffizier hat sich „Klaus Schlosser“ in den Wochen vor Eigendorfs Unfall außergewöhnlich oft getroffen. An diesem Tag erhalten „Klaus Schlosser“ und sein Führungsoffizier eine Prämie von 500 Mark bzw. 1.000 Mark auf ihr Konto. Die Stasi-Akte von „Klaus Schlosser“ wurde, was den Zeitraum 1980 bis 1983 betrifft, nur unvollständig aufgefunden.

Bei dem Unfall soll Eigendorf stark alkoholisiert gewesen sein, was aber im Gegensatz zu den Aussagen steht, die Zeugen über den Verlauf des Abends machten, Eigendorf habe nur wenig getrunken.

Schwan liegt eine handschriftliche Notiz vor, auf der sich weitere Indizien befinden. Hier werden Tötungsmethoden in Verbindung mit chemischen Substanzen beschrieben und mit tatsächlichen Vorgängen belegt. In diesem Zusammenhang sind auch die Worte zu lesen „Für Personengefährdung“, „Was im Raum führt langfristig zum Tode?“, „Unfallstatistiken? Von außen ohnmächtig“ und „verblitzten Eigendorf“. Für Schwan der Beweis, wie Eigendorf liquidiert wurde: er wurde überfallen, vergiftet und im Auto davon gejagt. An der Unfallstelle sei er dann mit grell aufgeblendeten Scheinwerfern „verblitzt“ worden.

Unabhängig davon, ob die Stasi nun direkt mit dem Unfall zu tun hat, oder wie es andererseits behauptet wird, zwar entsprechende Überlegungen angestellt und durchgespielt hat, diese aber nie ausgeführt hat, zeigt dies doch, wie stark Westdeutschland von der Stasi unterwandert war.

Weiterführende Literatur:

- Heribert Schwan: Tod dem Verräter: Der lange Arm der Stasi und der Fall Lutz Eigendorf. München: Droemer Knauer Verlag 2000.

- http://de.wikipedia.org/wiki/Lutz_Eigendorf

ALLGEMEINE LITERATUR UND LINKS (Stand: 15.05.2009)

Jens Gieseke: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, Bundeszentrale für politische Bildung, Nachdruck 2001.

Falco Werkentin: Recht und Justiz im SED-Staat, Bundeszentrale für politische Bildung (Deutsche Zeit-Bilder), Bonn 2. Auflage 2000.

<http://www.leitmotivfilm.de/> (Homepage der Produktionsfirma)

<http://freigekauft.com/>

<http://www.bpb.de>

<http://www.bpb.de/fsd/chronikdermauerzeitstrahl/index.php>

http://www.bpb.de/publikationen/JUVV4V,0,Die_Berliner_Mauer_The_Berlin_Wall.html

http://www.bpb.de/publikationen/9DLCOM,0,0,Schlaglichter_der_deutschen_Geschichte.html

http://www.bpb.de/themen/GM08LK,0,0,Die_Akten_schlie%DFen.html

http://www.bpb.de/themen/IKD9X1,0,0,Deutsche_Teilung_Deutsche_Einheit.html

http://www.bpb.de/themen/68PQ10,0,0,Geschichte_der_DDR.html

http://www.bpb.de/themen/JIRGFC,0,0,Kontraste_Auf_den_Spuren_einer_Diktatur_.html
<http://www.bstu.bund.de/>
<http://www.ddd-im-web.de>
<http://www.ddd-im-www.de/>
<http://www.ddd-wissen.de/wiki/ddd.pl>
http://www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_de.pdf
<http://www.stasimuseum.de>
<http://www.unsere-deutsche-einheit.de/>

Norbert Fisch

Für die Unterstützung und das zur Verfügung stellen von Dokumenten danken wir ganz herzlich besonders Herrn Bradler von der ASTAK und der BStU.

Weitere Filme zum Thema beim kfw

Das Leben der Anderen
Freies Land
NVA

Materialien

M1 Ausreiseantrag
M2 Ein konkreter Fall
M3 Politische Haft und Verfolgung
M4 Vom Widerstand zur Wiedervereinigung
M5 Befragung und Verhör

Was ist die Motivation von Jürgen und Sybille, einen Ausreiseantrag zu stellen?

Warum will Hauptmann Kühnel, dass der Ausreiseantrag zurückgezogen wird?

Wie geht er dabei vor und welche Strategie verfolgt er dabei?

Was ist das Interesse der DDR an der Befragung? Welche Vorteile hat der Staat unabhängig vom Ausgang des Verfahrens?

Welche Arten staatlicher Befragung sind aus der Geschichte bekannt und wie sind sie miteinander zu vergleichen? Unterschiede / Gemeinsamkeiten?

Quelle: <http://www.ddy-im-www.de/action.php?action=plugin&name=gallery&type=album&sort=title&id=23>

Biografie: Michael Bradler wurde 1961 in Ost-Berlin geboren und erlernte den Beruf eines Präzisionsmechanikers. Nach dem frühen Tod seiner Mutter im Jahr 1970 kümmerten sich die Großeltern um den Heranwachsenden. Als diese und sein bester Freund in den Westen übersiedelten, wollte auch er die DDR verlassen. 1981 stellte er erstmals einen Ausreiseantrag, den er bis 1982 regelmäßig wiederholte. Als er sich mit einem bereits ausgewiesenen Freund in der Tschechoslowakei traf, um über seine Ausreisepäne zu sprechen, brach sein Vater den Kontakt zu ihm ab. Er erkundigte sich sogar bei der Abteilung des Innern der DDR, ob sein Sohn nicht in die Armee eingezogen werden könnte. Auch die DDR-Behörden verlangten von Michael Bradler, den Ausreiseantrag zurück zu nehmen. Mehrfach wurde er deshalb zur Abteilung Inneres vorgeladen. In seinem Betrieb wurde er von der Forschungsabteilung ins Heizhaus versetzt. Im Januar 1982 begab er sich schließlich zum Grenzübergang Sonnenallee in Ost-Berlin, um in den Westen auszureisen. Gegenüber den Grenzbeamten erklärte er: „Ich möchte die DDR verlassen. Ich habe sieben Ausreiseanträge gestellt, die alle abgelehnt wurden. Ich möchte zu meinen Großeltern nach West-Berlin.“ Michael Bradler wurde daraufhin vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verhaftet und in das zentrale Untersuchungsgefängnis in der Berliner Magdalenenstraße gebracht. Dort wurde er sieben Stunden lang überwiegend nachts verhört. Am darauf folgenden Tag brachte man ihn in einem als Wäschetransporter getarnten Gefangenentransportwagen in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen. Die Vernehmer des MfS beschuldigten ihn der landesverräterischen Nachrichtenübermittlung, was laut Strafgesetzbuch der DDR mit bis zu zwölf Jahren Haft bestraft werden konnte. Zugleich boten sie ihm seine Freilassung an, wenn er seinen Ausreiseantrag zurückziehe. Michael Bradler lehnte ab und wurde im Mai 1982 zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Im Rahmen des Häftlingsfreikaufs schob man ihn im Oktober 1982 nach neun Monaten Haft in den Strafvollzugsanstalten Berlin-Rummelsburg und Cottbus in die Bundesrepublik ab. Heute arbeitet Michael Bradler als Besucherreferent in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und in der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße (Stasimuseum).

Literatur:

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hg.): Die vergessenen Opfer der Mauer. Flucht und Inhaftierung in Deutschland 1961-1989. Berlin o. J., S. 52-54.

Quelle:

http://www.stiftung-hsh.de/page.php?cat_id=CAT_224&con_id=CON_698&page_id=378&subcat_id=CAT_224&recentcat=&back=&special=0&html=0

Weiterer Link: <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,307465,00.html> (15.07.2004)

Aufgaben:

- Was ist an diesem Fall exemplarisch? Was individuell?
- Welche Auswirkungen kann eine solche Verurteilung und Haftstrafe auf den weiteren Lebensweg des Betroffenen haben? Welche Konsequenzen hat ein Antrag für die Situation in der Familie (Vater), für das Verhältnis zu Angehörigen und Verwandten?
- Ist es möglich, dass es ein inhaftierter Ausreisewilliger es noch schwerer (als ein „normaler“ DDR-Bürger) hat, sich in das vereinte Deutschland nach der Wende zu integrieren? Was spricht dafür, was dagegen?
- Was lässt sich aus diesen Unterlagen herauslesen? Über den Umgang der Stasi mit Ausreisewilligen? Über den Umgang der DDR mit Menschenrechten und -würde? Was kann man über den Sprachgebrauch (Agententätigkeit) bzw. über den Umgang mit rechtsstaatlichen Gesetzen daraus ablesen?

Wie änderte sich der Umgang mit den politischen Gefangenen im Laufe der Jahre?

Welche Rolle kommt Organisationen wie Amnesty International dabei zu und welchen Einfluss konnten diese nehmen?

Differenziere: Im Inland Staatsfeind – für das Ausland Politisch Gefangener.

Gab es auch im Westen Politische Gefangene? Unterscheide diese von den Gefangenen der DDR.

Wieso sprechen wir heute von der „friedlichen Revolution“?

Wie war es nach dem Blutvergießen des Volksaufstands 1953 möglich, dass dieses 1989 verhindert wurde?

Haben ausschließlich humanitäre Gründe zur Wiedervereinigung geführt?

Wie ist in diesem Zusammenhang das Gorbatschow-Wort „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ zu betrachten?

In *Die Klärung eines Sachverhalts* wird eine Befragung vorgenommen, in *Das Leben der Anderen* ein Verhör.

a) Inwieweit unterscheiden sich Befragung und Verhör in der Durchführung?

b) Wodurch wird der äußerliche Unterschied sichtbar?

c) Was ist Zweck einer Befragung, was ist Zweck eines Verhörs?

Weiterführende Links

http://www.thueringen.de/tlstu/tlstupublikationen/infoblaetter/faltblatt_verhoer_ermittlung.pdf

<http://www.stasiopfer.com/verhoer.html>

<http://www.henning-pawel.de/stasi/stasi10.html>

http://www.focus.de/politik/deutschland/stasi-unter-die-haut-kriechen_aid_151253.html

In *Die Klärung eines Sachverhalts* wird eine Befragung vorgenommen, in *Das Leben der Anderen* ein Verhör.

a) Inwieweit unterscheiden sich Befragung und Verhör in der Durchführung?

Befragungen fanden statt, bevor ein Haftbefehl ausgestellt war.

Verhöre wurden durchgeführt, wenn bereits ein Haftbefehl ausgestellt war.

Bei einer Befragung wurde anfangs versucht, freundlich mit den Befragten umzugehen, erst im Laufe der Befragung (bei Beratungsresistenz) wurde der Ton schärfer, während bei einem Verhör von Beginn an ein anderer Umgangston herrschte.

b) Wodurch wird der Unterschied äußerlich sichtbar?

Bei einer Befragung trug man Zivilkleidung. Während eines Verhörs trug man Häftlingskleidung, diese konnte z. B. aus einem blauweiß gestreiften Baumwollhemd, einer Baumwollhose, Wollsocken, Filzpantoffeln und einem blauen Trainingsanzug bestehen.

c) Was ist Zweck einer Befragung, was ist Zweck eines Verhörs?

Durch eine Befragung sollte festgestellt werden, ob der Verdächtige eine strafbare Handlung nach der Rechtsprechung der DDR begangen hat.

Der Zweck eines Verhörs lag darin, das strafbare Verhalten näher und detaillierter zu klären und für die spätere Anklageschrift zu untermauern.

Weiterführende Links

http://www.thueringen.de/tlstu/tlstupublikationen/infoblaetter/faltblatt_verhoer_ermittlung.pdf

<http://www.stasiopfer.com/verhoer.html>

<http://www.henning-pawel.de/stasi/stasi10.html>

http://www.focus.de/politik/deutschland/stasi-unter-die-haut-kriechen_aid_151253.html



DIE KLÄRUNG EINES SACH- VERHALTS

JOSEF HEYNERT

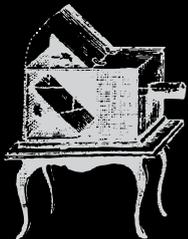
HORST-GÜNTER MARX

JULIA BRENDLER

JOACHIM KAPPL

Ein Film von Sören Hüper
und Christian Prettin

Eine Produktion von
HONNOM™ und leitmotivfilm



Katholisches Filmwerk GmbH

Ludwigstr. 33
60327 Frankfurt a.M.

Telefon: +49-(0) 69-97 14 36-0

Telefax: +49-(0) 69-97 14 36- 13

E-Mail: info@filmwerk.de

www.filmwerk.de



kfw